

Veröffentlichung: ja

Besprechung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 18.03.2015

1. Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (5. SGB IV-ÄndG);

hier: Auswirkungen auf die Gemeinsamen Grundsätze für die Datenerfassung und Datenübermittlung nach § 28b Abs. 1 Nr. 1 – 3 SGB IV

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im Jahr 2011 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, um mögliche Optimierungen in den Meldeverfahren der sozialen Sicherung zu bewerten. Zur Umsetzung dieser Machbarkeitsstudie sind im Rahmen des Projektes OMS (Optimiertes Meldeverfahren in der sozialen Sicherung) Vorschläge zur Verbesserung der Meldeverfahren bewertet worden.

Nach Abschluss des Projektes sind von der Bundesregierung nunmehr einige Vorschläge aufgegriffen worden, die mit dem 5. SGB IV-ÄndG gesetzlich geregelt werden. Hierbei ist auch eine Erweiterung der Befugnisse der Spitzenorganisationen der Sozialversicherungen zur Ausgestaltung des Meldeverfahrens im § 28b Abs. 1 SGB IV vorgesehen. Daraus ergeben sich die nachstehenden Anpassungsnotwendigkeiten in den Gemeinsamen Grundsätzen für die Datenerfassung und Datenübermittlung, die ab dem 01.01.2016 im § 28b Abs. 1 Nr. 1 – 3 SGB IV (vormals Abs. 2 a. a. O.) geregelt sind.

1. Meldungen für Seeleute und knappschaftliches Meldeverfahren

Bislang legitimiert § 28b Abs. 3 SGB IV die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (DRV KBS), von den festgelegten Schlüsselzahlen in den Gemeinsamen Grundsätzen abzuweichen. Insoweit sind die Inhalte der Meldungen für beschäftigte Seeleute und im knappschaftlichen Meldeverfahren in gesonderten Grundsätzen der DRV KBS gem. § 31 Abs. 3 DEÜV festgelegt worden. Diese Abweichungsbefugnis sowie die Rechtsgrundlage für die gesonderten Grundsätze werden mit dem 5. SGB IV-ÄndG zum 01.01.2016 gestrichen. Ziel ist es, die nähere Ausgestaltung der Meldungen für Seeleute und des knappschaftlichen Meldeverfahrens gleichermaßen in den Gemeinsamen Grundsätzen nach § 28b Abs. 1 Nr. 1 – 3 SGB IV abzubilden.

Hieraus ergeben sich folgende Handlungsfelder:

1.1 Integration der Datensatzbeschreibung in die Gemeinsamen Grundsätze

Die bislang in den gesonderten Grundsätzen vorgehaltenen Beschreibungen zum Datenbaustein Knappschaft-Bahn-See/Seeleute (DBKS-See) und Datenbaustein Knappschaft-Bahn-See/knappschaftliches Meldeverfahren (DBKS-KnV) sind in die Anlage 4 der Gemeinsamen Grundsätze aufzunehmen. Bei der Übernahme der Daten muss ausgeschlossen werden, dass künftig redundante Informationen mit der Meldung abgefordert werden. Dies betrifft im DBKS-KnV die Angabe zum „Stand der Ausbildung“; diese Information wird bereits im Datenbaustein Meldesachverhalt (DBME) im Feld Tätigkeitsschlüssel angegeben. Im Einvernehmen mit der DRV KBS verbleibt das Feld „Stand der Ausbildung“ im DBKS-KnV als optionale Angabe (Art „k“). Hierdurch wird vermieden, dass durch eine Streichung des Feldes Friktionen entstehen.

Die Angabe zum Ende des Beschäftigungsverhältnisses im DBKS-KnV (Feld „Ende VS“) ist gleichermaßen redundant, da diese Information bereits im DBME im Feld „Ende Zeitraum“ vorhanden ist. Aufgrund des technischen Umstellungsaufwandes ist es der DRV KBS nicht möglich, bereits zum 01.01.2016 auf den Wert im DBME zurückzugreifen. Insoweit verbleibt diese verpflichtende Angabe zunächst im DBKS mit der Maßgabe, dass die DRV KBS mittelfristig eine Umstellung ihres internen Verfahrens vornimmt. Nach erfolgter Umstellung verbleibt das Feld „Ende VS“ als optionale Angabe (Art „k“), um zu vermeiden, dass durch eine Streichung des Feldes Friktionen entstehen.

1.2 Integration der Schlüsselverzeichnisse zum DBKS-KnV und DBKS-See in die Gemeinsamen Grundsätze

Zur Abbildung der Schlüssel im knappschaftlichen Meldeverfahren und bei Meldungen für Seeleute werden zwei neue Anlagen in die Gemeinsamen Grundsätze aufgenommen:

Anlage 7 - Schlüsselzahlen für die besonderen Angaben bei Meldungen für Seeleute

Schlüsselzahlen für Berufsgruppen

Schlüsselzahlen für Versicherungsarten

Schlüsselzahlen für Fahrzeuggruppen

Schlüsselzahlen für Befähigungszeugnisse (Patente)

Anlage 8 - Schlüsselzahlen für die besonderen Angaben im knappschaftlichen Meldeverfahren

Schlüsselzahlen für Besonderheiten (Besonderheitenschlüssel)

1.3 Integration der Erläuterungen zum Tätigkeitsschlüssel im knappschaftlichen Meldeverfahren (TT-KnV) in die Gemeinsamen Grundsätze

Im knappschaftlichen Meldeverfahren besteht ein besonderer Tätigkeitsschlüssel. In Anlehnung an die Ausführungen zum Tätigkeitsschlüssel werden unter der neuen Ziffer 1.7 die wesentlichen Festlegungen zum TT-KnV ausgeführt.

1.4 Erweiterung des gemeinsamen Rundschreibens „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“

Über weitergehende Ausführungen zu den Meldungen für Seeleute und zum knappschaftlichen Meldeverfahren, die in das gemeinsame Rundschreiben aufgenommen werden sollen, wird in der nächsten Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 24./25.06.2015 beraten.

2. Daten zur technischen Kommunikation

Der Entwurf zum 5. SGB IV-ÄndG sieht vor, dass die Ausgestaltung der technischen Kommunikation nicht mehr in den Gemeinsamen Grundsätzen der einzelnen Fachverfahren, sondern ab dem 01.07.2015 ausschließlich in gesonderten „Gemeinsamen Grundsätzen Kommunikation“ zu beschreiben ist (§ 28b Abs. 1 Nr. 4 SGB IV). Hinsichtlich der konzeptionellen Umsetzung der Gemeinsamen Grundsätze Kommunikation wird auf TOP 2 der Niederschrift verwiesen.

Diese Änderung hat zur Folge, dass in den bestehenden Gemeinsamen Grundsätzen die beschriebenen Grundzüge zur Ausgestaltung der technischen Kommunikation zu streichen sind. Ferner reduzieren sich die Datensatzbeschreibungen künftig auf den fachlichen Datensatz. Der Vorlauf- und Nachlaufsatz sowie der Datensatz Kommunikation sind aus der

- Anlage 4 (Datensätze und Datenbausteine für Meldungen nach der DEÜV),
- Anlage 5 (Datensätze und Datenbausteine für Meldungen an die berufsständischen Versorgungseinrichtungen zur Beitragserhebung) und
- Anlage 6 (Datensatz Krankenkassenmeldung)

zu streichen.

Die Besprechungsteilnehmer stimmen den vorgenannten Änderungen der Gemeinsamen Grundsätze für die Datenerfassung und Datenübermittlung nach § 28b Abs. 1 Nr. 1 - 3 SGB IV sowie der Anlagen 4 - 8 in der Fassung ab dem 01.01.2016 zu.

3. Meldungen für die Unfallversicherung

Der Bundestag hat am 26.02.2015 den Gesetzentwurf in der 2./3. Lesung in der vom Ausschuss für Arbeit und Soziales vorgelegten Fassung beschlossen (Drucksachen 18/3699, 18/4114). Danach ist mit dem 5. SGB IV-ÄndG auch eine Anpassung des bestehenden Prozesses zur Integration der Unfallversicherung in das Meldeverfahren vorgesehen.

Die bisherige Summierung von unfallversicherungspflichtigen Arbeitsentgelten auf Grundlage der Entgeltmeldungen und die Erstellung eines Lohnnachweises durch die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung nach § 28a Abs. 3a SGB IV entfällt mit Wirkung vom 01.07.2015.

Auch die Ankoppelung der Unfallversicherungsdaten an die originäre Entgeltmeldung durch den Datenbaustein Unfallversicherung (DBUV) wird ab dem 01.01.2016 aufgegeben. In Ablösung des bisherigen DBUV-Verfahrens haben die Arbeitgeber ab dem 01.01.2016 die unfallversicherungsrelevanten Daten in einer nach § 28a Abs. 2a SGB IV „besonderen Jahresmeldung zur Unfallversicherung“ (UV-Jahresmeldung) pro Arbeitnehmer abzubilden, die bis zum 16.02. des Folgejahres zu melden ist. Diese UV-Jahresmeldungen benötigen die Rentenversicherungsträger für die Durchführung der Betriebsprüfung nach § 166 Abs. 2 SGB VII.

Zur Berechnung der Umlagebeiträge zur Unfallversicherung haben Arbeitgeber nach § 99 SGB IV die summarischen Jahresarbeitsentgelte, bezogen auf die anzuwendenden Gefahr-
tarifstellen, künftig mit einem elektronischen Lohnnachweis unmittelbar an die Annahmestelle der Unfallversicherungsträger zu melden. Diese neue Meldepflicht tritt zum 01.01.2017 in Kraft. Um das Verfahren zu erproben und eine hohe Verfahrenssicherheit zu gewährleisten, wird der elektronische Lohnnachweis erstmalig im Jahr 2019 Grundlage für die Beitragsbescheide 2018 der Unfallversicherungsträger. Für Meldezeiträume bis zum 31.12.2017 verbleibt es beim bisherigen Lohnnachweisverfahren nach § 165 Abs. 1 SGB VII in der bis zum 31.12.2016 geltenden Fassung (Übergangsvorschrift § 218f SGB VII).

Zur Steigerung der Datenqualität wird zusätzlich ein gesetzlich normierter Stammdatendienst bei der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) eingeführt (§ 101 SGB IV). Die nähere Ausgestaltung des elektronischen Lohnnachweises und des Stammdatendienstes

regeln die DGUV, die DRV Bund und der GKV-Spitzenverband in Gemeinsamen Grundsätzen nach § 103 SGB IV.

Die DRV Bund wird in die Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 24./25.06.2015 die für die Einführung der „besonderen Jahresmeldung zur Unfallversicherung“ nach § 28a Abs. 2a SGB VI zu erstellenden bzw. anzupassenden Dokumente zur Abstimmung einbringen. Hierzu gehört auch eine weitere Modifizierung der Gemeinsamen Grundsätze nach § 28b Abs. 1 Nr. 1 - 3 SGB IV in der ab dem 01.01.2016 geltenden Fassung, die in dieser Besprechung final verabschiedet werden sollen.

Darüber hinaus wird die DGUV in der Besprechung am 24./25.06.2015 über den weiteren Zeitplan zur konzeptionellen Umsetzung und Implementierung des elektronischen Lohnnachweises sowie des Stammdatendienstes berichten. Ziel ist es, in die Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 21.10.2015 einen Entwurf der Gemeinsamen Grundsätze nach § 103 SGB IV, die entsprechenden Datensatzbeschreibungen und einen Textentwurf für das gemeinsame Rundschreiben einzubringen. Für den Fall, dass in dieser Besprechung die vorgenannten Dokumente nicht final verabschiedet werden können, wird optional eine Besprechung zwischen der DGUV, der DRV Bund und dem GKV-Spitzenverband am 07.12.2015 vereinbart.

- unbesetzt -